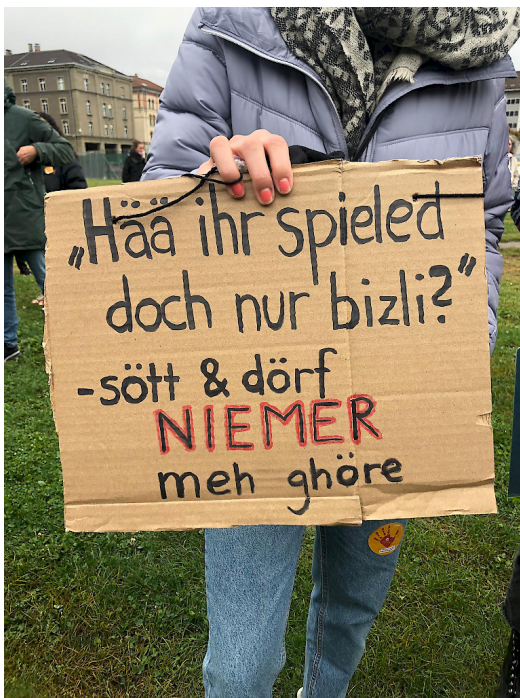


Schluss mit Spare - Kinderbetreuung ist keine Ware

Samstag, 26. September 2020

Von: Christine Flitner/ Tanja Lantz



Heute haben in Zürich Hunderte Menschen für bessere Arbeitsbedingungen in der professionellen Kinderbetreuung demonstriert.

Die schlechten Arbeitsbedingungen, ständige Verfügbarkeit, Unvereinbarkeit mit Privatleben, niedrige Löhne. Das trieb viele Menschen heute trotz Regen auf die erste Schweizer Demo für professionelle Kinderbetreuung.

Die Kinderbetreuung in der Schweiz ist weitgehend in privaten Händen. Gewinnerorientierte Kitaketten konkurrieren auf dem Markt um Kitaplätze und müssen zu möglichst geringen Kosten viele Kinder betreuen. Die finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone reicht nicht aus, die Hauptkosten tragen die Eltern. Auch die schulergänzende Betreuung (Horte) ist nicht ausreichend ausgestattet. Die Leidtragenden sind die angestellten Kinderbetreuer*innen, die Kinder und die Eltern, die den grössten Teil der Kosten selbst tragen.

Die Demo heute wurde von der Trotzphase, der Bewegung für Sozialismus und dem VPOD Zürich organisiert.

Die Trotzphase ist eine Gruppe ausgebildeter und angehender Fachpersonen aus der familienergänzenden Kinderbetreuung, die sich seit mehreren Jahren mit uns für mehr Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen, sichergestellte Qualitätsstandards und für eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung einsetzt.

Mit der Petition «Weil Kinder mehr Zeit brauchen» wurden Stadt und Kanton Zürich zum Handeln aufgefordert. Die Antwort war enttäuschend und zeigt, dass die Verantwortlichen nicht wirklich handeln wollen.

Auch in anderen Kantonen und Gemeinden werden die Kinderbetreuerinnen aktiv und wollen

endlich Verbesserungen sehen.

Aber wir gehen noch weiter: Nicht erst die Corona-Virus-Krise hat gezeigt, wie unverzichtbar die familienergänzende Kinderbetreuung für das alltägliche Funktionieren einer modernen Gesellschaft ist. Es ist daher höchste Zeit, sie auf eine solide finanzielle Basis zu stellen.

Familien- und schulergänzende Betreuung sollen künftig unentgeltlich als Teil des Service public ab Ende des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs bis Ende Volksschule allen Kindern zur Verfügung stehen. Dafür werden wir weiter kämpfen.